



Eine irritierende „Transformation“: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik setzt neue Schwerpunkte

Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt, Botschafter a.D.

Dr. Claus-Peter Clostermeyer

November 2023

Zusammenfassung

Auswärtige Kulturpolitik ist eine strategische Domäne eigener Art und gehört zur Kategorie der „soft power“. In der operativen Anwendung spiegelt sie bündnispolitische Schwerpunkte und strategische Interessen. Diese Dimension scheint, das legt die aktuelle Diskussion über die Transformation des Goethe-Instituts nahe, den politisch Verantwortlichen in Berlin nicht mehr bewusst zu sein.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Im Jahre 1951 gegründet, sollte das Goethe-Institut die junge deutsche Demokratie in die internationale Kulturgemeinschaft zurückführen. Diesen Auftrag erfüllte das Institut mit anerkannter Wirkung. Vor allem in den Nachbarländern prägte es die Wahrnehmung der modernen deutschen Gegenwartskultur.

Sparkurs zu neuen Ufern

Aber dieser Erfolg ist gefährdet. Ende September 2023 veranlassten Vorgaben des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages das Auswärtige Amt und das Präsidium des Goethe-Instituts, ein "Transformationskonzept" zu beschließen. Es will auf "erhebliche Veränderungen der geopolitischen und finanziellen Rahmenbedingungen" reagieren. "Strukturkosten" für Personal und Gebäude sollen gesenkt, gleichzeitig der Anteil der "Operativkosten" erhöht werden.

Derzeit erhält das Goethe-Institut über 239 Millionen Euro im Jahr über den Haushalt des Auswärtigen Amtes und gehört damit zur strategischen Domäne der deutschen Außenpolitik, die fiskalpolitische Zwänge zur inhaltlichen Revision bisheriger Schwerpunkte zu nutzen zu scheint; denn bei der „Transformation“ des Goethe-Instituts geht es neben der Digitalisierung traditioneller Angebote um „neue Präsenzen“, die von Texas bis zum Südpazifik reichen sollen. Wird Fidschi zum neuen Schwerpunkt deutscher Außenpolitik? Zudem werden dem Goethe-Institut Aufgaben bei der Fachkräfteeinwanderung zugewiesen. Dabei scheint es im Umfeld der Bundesregierung selbst ein Fachkräftedefizit zu geben. Jedenfalls überrascht, dass trotz des Sparzwangs über eine Verlegung der Zentrale des Goethe-Instituts von München nach Berlin nachgedacht wird.

Ach, Europa...

Der breiteren politischen Öffentlichkeit wäre die geplante „Transformation“ wohl verborgen geblieben, wenn mit ihr nicht die Schließung traditionsreicher Auslandsinstitute in Frankreich und Italien verbunden wäre. Bordeaux, Nancy und Straßburg sollen ebenso wie Turin, Genua und Triest von der Landkarte der deutschen auswärtigen Kulturpolitik verschwinden.

Die Begründung verweist auf die historisch gewachsene „Überpräsenz“ von Goethe-Instituten in Frankreich und Italien, ein Argument, das einem journalistischen Beobachter unlängst den Vergleich mit „kulturpolitischem Speck“ nahelegte. Fiskalbürokratisch mag diese Auffassung vertretbar sein, europapolitisch aber ist sie höchst unsensibel.

In Frankreich haben die angekündigten Schließungen nicht nur bei bewährten Freunden Deutschlands für Unruhe, ja für heftige Empörung gesorgt, die angesichts des nur mühsam kaschierten Niedergangs der deutsch-französischer Beziehungen verständlich ist. Mangelndes Fingerspitzengefühl ist da noch der geringste Vorwurf. Nicht ohne Grund wird in Paris auf höchster Ebene die Frage gestellt: „Wer in Berlin interessiert sich noch für Frankreich?“

In enger Zusammenarbeit mit seinem großen westlichen Nachbarn formte Deutschland über Jahrzehnte hinweg die Europäische Union, die sich heute in einem fundamental veränderten geopolitischen Rahmen bewähren muss. Es kommt gerade im Verhältnis zu Frankreich auf gegenseitiges Verstehen an, auf das Verständnis der Kultur und der Sprache, die Wilhelm von Humboldt einst als „Schlüssel zum menschlichen Geist“ beschrieb. Sprachpflege und Sprachvermittlung besitzen in Frankreich höchsten Rang. Und so wird im Land der *Académie française* und ihrer „Unsterblichen“ die ersatzlose Streichung von Goethe-Instituten als weiterer Beleg für



deutsches Desinteresse an den bilateralen Beziehungen und als Zeichen kulturpolitischer Ignoranz der Berliner Republik bewertet.

Gemeinsam denken!

Kein Zweifel: Die Zeiten sind vorbei, als Francois Mitterand Ernst Jünger in Wilflingen besuchte und seine Mitarbeiter Texte des deutschen Jahrhundertautors übersetzten. Was aber soll in dürftiger Zeit geschehen, um weitere Verluste zu verhindern?

Angesichts identitätspolitischer und populistischer Aktivitäten, die die kulturelle Kohärenz Europas gefährden, sollte Berlin zumindest den ernsthaften Versuch unternehmen, gemeinsame Grundlagen zu bewahren. Bilaterale kulturpolitische Konsultationen können bei der strategischen Orientierung helfen. So sollte vor der Schließung von Goethe-Instituten in Frankreich und Italien noch einmal gemeinsam mit den Partnern in Paris und Rom über die Zukunft der kulturpolitischen Beziehungen und konkrete Möglichkeiten zum Erhalt und Ausbau bewährter Positionen nachgedacht werden.

In Parlament und Bundesregierung sollte Einigkeit darüber bestehen, dass auswärtige Kulturpolitik als Generationenaufgabe nicht nur im bürokratisch und fiskalisch vorgegebenen Zuständigkeitsbereich einzelner Ressorts und Mittlerorganisationen diskutiert und finanziert werden kann. Es geht nicht nur um die Strukturen und Finanzmittel des Goethe-Instituts, sondern um eine Gesamtbetrachtung, die die deutschen Auslandsschulen, die Austauschprogramme des DAAD sowie geisteswissenschaftliche Forschungseinrichtungen an zentralen Standorten wie Paris und Rom umfassend in den Blick nimmt.

In Frankreich muss ein solcher Gesamtansatz auch die Standorte und Aufgaben der deutschen Generalkonsulate mit einbeziehen. So sind in Bordeaux das Goethe-Institut und das Generalkonsulat gemeinsam in einer zentral gelegenen, repräsentativen Liegenschaft untergebracht. Eine Schließung des Goethe-Instituts ist hier nicht notwendig, wenn seine Aufgaben von einem qualifizierten und angemessen ausgestatteten Generalkonsulat übernommen werden. Ebenso sollten die Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Hochschulen stärker genutzt werden. Gerade an den zur Streichung anstehenden Standorten finden sich Universitätspartnerschaften wie die zwischen Lille und Gießen, zwischen Bordeaux und Köln sowie zwischen Straßburg und mehreren Universitäten am Oberrhein. Hier könnten die Goethe-Institute als "An-Institute" der französischen Hochschulen wirken, wobei die Aufgabe der Sprachvermittlung gemeinsam mit der deutschen Partneruniversität unter Verwendung von DAAD-Mitteln erfolgen kann.

Kultur als Satire

Wer den Willen hat, die kulturpolitische Zusammenarbeit mit europäischen Partnern auch künftig zu pflegen, wird dazu selbst in Zeiten des Sparzwangs die richtigen Wege finden. Wer allerdings mit der „Transformation“ des Goethe-Instituts den Aufbruch zu fernen und unbekanntem Ufern plant, läuft Gefahr, die absehbaren Ergebnisse in der Fernsehreihe "Das Institut – Oase des Scheiterns" schon heute betrachten zu können; denn das komische Treiben am Goethe-Institut im fiktiven Kibekistan wird dann seine Fortsetzung wohl auf Fidschi finden. Titel: „Das Institut – Insel des Scheiterns“.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung der Autoren wieder.



Über die Autoren dieses Beitrags

Botschafter a.D. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt ist Senior Advisor der Politikberatungsgesellschaft Friedrich30 und Fellow des Liechtenstein Institute on Self-Determination an der Universität Princeton. Er war von 2014 bis 2017 Chefinspekteur des Auswärtigen Amts und leitete von 2012 bis 2014 die Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik.



Dr. Claus-Peter Clostermeyer war Vertreter des Landes Baden-Württemberg beim Bund. Er ist Präsident der deutschen *Association des anciens élèves de l'ENA* und war ebenso wie sein Ko-Autor in den Jahren 1980/81 Student des *cycle spécial étrangère* der Promotion *Henri Francois d'Aguesseau*.

